

Millionen RM. reduzierte Eisenbahnschuld zu zahlen. Wg. Böttcher (K.) legte einen Antrag seiner Partei vor, die Besoldungsbedingungen nach der Weisung auszusprechen. Die Vorlage nannte er eine „Sozialer Verbrechen“. Auf eine demokratische Anfrage erklärte ein Regierungsvertreter, daß die beschriebene allgemeine Preissteigerung nicht eingetreten sei. Wg. Monte (Soz.) bezeichnete die Vorlage als eine „Preisenabmilderung“ aller Art. Er meinte, die höheren Beamten hätten es ausgesprochen, ihr Schicksal ins Trockene zu bringen. Trotzdem ihm das unangenehme Wort „Dr. Böttcher“ zugehört wurde, schrieb er: „Schmeißt das Scheusal (nämlich die Vorlage) in die Wollschlucht!“ Wg. Siebert (D.) stimmte namens seiner Freunde der Besoldungsvorlage zu, die die Erfüllung des notwendigen Dienst leisten werde. Einer vielleicht geplanten Erhöhung der Ministergehälter widersprach der Redner, erklärte sich aber für eine Erhöhung der Dienstauswandsentschädigungen. Schließlich trat der Redner für Wiederherstellung der staatlichen Steuerhoheit ein, damit Sachsen seinen Verpflichtungen nachkommen könne. Bei Abschluß des Berichts dauerten die Verhandlungen fort. Die Vorlagen werden nach den Besoldungsausschüssen beschickt, mit Ausnahme des Nachtragsrats, der dem Haushaltsausschuss übergeben wird.

In der weiteren Beratung der Tagesordnung bezeichnete Wg. Gelfert (Deutsche Volkspartei) die Ablehnung der Vorlage an die Reichsbeamtenbesoldung für die richtige. Deshalb stehe die Deutsche Volkspartei hinter der Regierungsvorlage. Dagegen herrsche Unzufriedenheit über die Vorschläge zu einem Ruhegehaltsgesetz. Hier müßten bald Änderungen herbeigeführt werden. Redner machte eine Anzahl praktischer Vorschläge im Rahmen der Besoldungsordnung und trat warm für Berücksichtigung der Militärrentner ein, nimmt sich ferner der schwerverletzten Beamten und der Diatone an und nennt die vorgeschlagenen Dienstwohnungsrechnungen verbesserungsbedürftig. Er legt dann zwei Anträge vor, wonach die Kinderbeihilfe bis zum 24. Lebensjahre ausgedehnt werden soll, wenn noch Schul- und Berufsausbildung in Frage kommen und kein eigenes Einkommen bestünde; ferner soll beim Reiche auf eine neue Ortlasseinteilung geachtet werden, die die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtige. Nach Erledigung dieser materiellen Fragen mußte bald ein Gesetz über Neuregelung der beamteten Beamtenverhältnisse vorgelegt werden.

Wg. Kaiser (D.) erklärte, seine Freunde dürften der Vorlage zustimmen, wenn es dem Ausschuss gelänge, die Vorlage im Rahmen der angegebenen 38 Millionen Mark zu verabschieden.

Wg. Claus (D.) verbreitete sich ausführlich über die Not der Beamten, insbesondere der unteren und trat im allgemeinen für die Vorlage ein.

Wg. Köhler (K.): Auch seine Freunde seien für einheitliche Regelung der Beamtenbesoldungsfragen. Solange dies aber nicht möglich sei, müsse jedes Landesparlament versuchen, für die unteren Beamten mehr herauszuholen.

Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte der Redner, die Hilfe seiner Partei für die Beamten habe ihre Grenzen. Die Beamten müßten mit dem Proletariat für ihre Rechte kämpfen.

Wg. Berthe (Mit-Soz.) stellt fest, daß die von den sozialdemokratischen anhängigen Sozialdemokratie als Regierungspartei gegenüber der Besoldungsvorlage vertretenen. Auch seine Freunde hätten verschiedene Wünsche, die sie im Ausschuss vertreten würden.

Wg. Härtel (Volksrechtspartei): Die entrechteten Später u. Gläubiger ständen den Gehaltsregelungen mit sehr gemäßigten Gefühlen gegenüber, trotzdem seien sie weit davon entfernt, an den wohlverordneten Rechten der Beamten zu rütteln.

Auch die Später u. Gläubiger hätten wohlverordnete Rechte und sie erwarteten von der Beamtenbesoldung, daß sie den entrechteten Kreisen des Volkes Verständnis entgegenbringe. Das Besoldungsgesetz bedürfe einiger Änderungen derjenigen Bestimmungen, die allen Rechtsgrundlagen widersprechen.

Wg. Tittmann (Nationalsoz.) schließt sich den Ausführungen des Vertreters der Volksrechtspartei an.

Die Vorlagen und Anträge wurden darauf an die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Schluß der Sitzung nach 11.15 Uhr.

Die Frage der Ruhegehälter.

Erklärungen Dr. Köhlers.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde unter Ablehnung aller anderen Anträge der Antrag der Regierungspartei genehmigt, der die Bestimmungen über die Wartegelder und Ruhegehälter des § 24 der Regierungsvorlage ersetzt. An Stelle der bisherigen Bestimmung über die Berechnung des Ruhegehaltfähigen Dienstverdienstes bei einem Grundgehalt von mehr als 6000 Mark gilt nun folgende Bestimmung: bei einem Grundgehalt von mehr als 6000 bis einschließlich 12000 Mark kommen 16 Prozent hinzu. Der sich hierbei als neues Grundgehalt ergebende Betrag ist auf volle Mark aufzurunden, darf aber nicht höher als 13200 Mark sein.

Es wird noch folgende Entscheidung der Regierungspartei genehmigt: Die Reichsregierung zu ersuchen, baldigst eine Novelle zu dem dem Reichstag vorliegenden Wartehaltsgesetzentwurf vorzulegen, um zu erreichen, daß Wartehaltungsbeamte, deren Wiederbeschäftigung im Dienst als ausgeschlossen erscheint, in den Ruhestand übergeführt werden können.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler gab eine Erklärung ab, in der er wiederholte, daß der Reichsregierung weitest Entgegenkommen gegenüber Wünschen und Anträgen auf Änderung der Bezüge einzelner Besoldungsgruppen über die Beschlässe der ersten Lesung hinaus aus finanziellen Gründen durchaus unmöglich ist.

Kleine Nachrichten

Das Ende der studentischen Selbstverwaltung.

Berlin. Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Nachdem die Studenten der preussischen Hochschulen in den Bestimmungen erklärt haben, daß sie eine „Studentenschaft“ nicht bilden wollen, hat Kultusminister Dr. Wedder seinen Ausführungen im Landtag entsprechend den Hochschulen mitgeteilt, daß eine als Gesamtvertretung aller Studenten und als Glied der Hochschule staatlich anerkannte Studentenschaft danach nicht mehr bestünde. Der Bildung freier Vereine ständen keine Hindernisse im Wege, nur könne ein solcher freier Verein nicht als Gesamtvertretung aller Studenten anerkannt werden. Daraus folge, daß die freien Vereine keinen Anspruch erheben könnten, als Rechtsnachfolger der bisherigen „Studentenschaft“ angesehen zu werden. Die Hochschulbehörden werden im Einvernehmen mit dem vorläufigen Rektorsensbeirat und dem

Oeffentl. Sitzung der Stadtverordneten

Donnerstag den 8. Dezember, abends 7 Uhr.

Anwesend sämtliche Mitglieder des Stadtverordneten-Ratskollegiums, außerdem einige Zuhörer.

1. Unter Eingänge und Mitteilungen gab Herr Bürgermeister Dr. Krohnfeld bekannt, daß die Herren Pinter und Schaufert in Amerika dem Kinderhort wieder eine Weihnachtspende von je 84 Mark haben zukommen lassen, und daß eine Revision der Stadt- und Steuerkasse, der Reichsbeamten-, Ratsportel- und Vollstreckungsamtskasse stattgefunden hat, die Unstimmigkeiten nicht ergab. Im Prüfungsbericht wurde besonders noch auf die Anwendung hingewiesen, daß den Beamten die Annahme von Geldern außerhalb der Diensträume strengstens verboten ist. Ein Schreiben der Badbetriebsgenossenschaft betraf die Zusammenlegung von Vorstand und Aufsichtsrat.

2. Da sich nunmehr die Anbringung der neuen internationalen Warnungsschilder für Kraftwagenverkehr am Eingange der Dresdner, Zellstr., Rechner- und Tharandter Straße nötig macht, hat der Rat beschlossen, gleichzeitig auch 8 weitere Warnungsschilder und 6 Sperrtafeln für Kraftwagen aufzustellen. Eine Erneuerung der Tafeln für die Fußsteige wurde indes nicht für erforderlich gehalten. Das Kollegium trat dem Ratsbeschlusse bei und gab auch zur Aufstellung von zwei Wagenstandsschildern auf dem Marktplatze seine Zustimmung.

3. Der Abänderung des Hypothekenabkommens mit der öffentlichen Verankerungsanstalt der Sparcassen wurde ohne Debatte zugestimmt.

4. Zwei Anträge der bürgerlichen Wirtschaftsfraction betreffen Wohnungsangelegenheiten. Zunächst wurde angefragt, ob dem Wohnungsausschuss die selbständige Bewirtschaftung des Wohnraumes übertragen werden sei oder ob er unter Aufsicht und Leitung des Rates stehe. Herr Bürgermeister Dr. Krohnfeld antwortete, daß der Wohnungsausschuss als sog. gemischter Ausschuss der Leitung des Stadtrates unterstehe. Die Wohnraumbewirtschaftung stehe also nicht dem Ausschuss, sondern dem Stadtrat zu, der seine Befugnisse dem Ausschuss nicht übertragen habe. Der letztere sei lediglich zur Mitarbeit an der Behebung der Wohnungsnot und zur Unterstützung des Stadtrates berufen. Stadtr. Hildebrand glaubte einen Widerspruch daraus herleiten zu können, daß einerseits der Stadtrat in Wohnungsangelegenheiten entscheidet und andererseits ein Mitglied derselben (der Bürgermeister) Vorsitzender der Wohnungsausschusses ist. Der Bürgermeister widersprach dem, denn die Leitung des Wohnungsausschusses sei dem Stadtrat zustand und übertragen und Kollegialbeschlüsse des Rates in Wohnungsangelegenheiten gebe es nicht. Stadtr. Hildebrand führte eine Wohnungsangelegenheit an, in der man eher von einem Neben- und Gegenstande, als von einem Neben- und Wohnraum und Stadtrat reden müsse. Herr Dr. Krohnfeld erwiderte, die Wohnungsausschusses habe in dem angezogenen Falle richtig gehandelt, das sie auch von der Kreisbauernschaft bestätigt worden. Herr Hildebrand erwiderte die Forderung nach Recht und Billigkeit, der Bürgermeister betonte, daß ihr bereits bisher nachgegeben wurde.

Die zweite Anfrage eruchte den Rat um Bekanntgabe der Zahlen, wieviel Wohnungsuchende mit eigener Familie am 1. Oktober vorhanden waren, wieviel Wohnungen im letzten Jahre neu erstellt, wieviel freigegeben und wiederbezogen sind usw. Der Rat lehnte eine Auskunft darüber ab, weil die Statistik nach der eigenen Aussage des Antragstellers zu dem Zwecke gefordert wurde, sie dem Haushalterverband zu einem parlamentarischen Vorstoß gegen die Zwangswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Das Material solle also gegen einen anderen Interessentenkreis (die Mieter) benutzt werden, deshalb verzögere der Rat die Auskunft. Stadtr. Hildebrand betonte, daß der Rat die Gemeinderatung der Stadtverordneten in allen Gemeindefragen Auskunft erteilen müsse. Der Bürgermeister gab die Verpflichtung für alle Gemeindefragen zu, in diesem Falle handle es sich aber um eine Angelegenheit der Hausbesitzer. Diefelben seien, so erklärte Herr Hildebrand, ebenfalls vollberechtigte Bürger, doch habe er das Gefühl, daß sie nicht unparteiisch behandelt würden. Herr Dr. Krohnfeld wies

den Vorwurf zurück, und da Herr Hildebrand dabei beharrte, traf ihn ein Ordnungsruf. Stadtr. Fähne teilte die Ansicht des Rates, weil einem Teile der Bürger durch die Auskunft viel leicht Schaden erwachsen könnte. Dagegen erklärte Herr Hildebrand, die Feststellungen lägen im Interesse der Mieter sowohl wie der Vermieter. Er wolle nur gleiches Recht für Alle. Nachdem sich Herr Siebert noch für die Beantwortung eingesetzt hatte, wurde in der Tagesordnung fortgefahren. Es lag vor ein Gesuch der Badbetriebsgenossenschaft um Abänderung des Pachtvertrages und Berechnung nicht verbrauchter Mittel zur Pachtverbilligung auf den Pachtzins.

Zunächst mußte nochmals über den bereits in letzter Sitzung behandelten Antrag abgeklärt werden, die nicht verbrauchten Mittel zur Pachtverbilligung in Höhe von 570 Mark auf den Pachtzins anzurechnen, weil der Beschluß am letzten Male nicht rechtsgültig zustande gekommen war. Gegen 5 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, wurde der Anrechnung zugestimmt. Weiter eruchte die Badbetriebsgenossenschaft um Verabreichung des Pachtzinses von 11540 Mark auf 7200 Mark. Es wurde begründet mit der durch Zahlen belegten Tatsache, daß in dem hohen Pachtzins auch der Zinsdienst für das Kapital liegt, das für garnicht direkt zum Bade gehörige Arbeiten (Saubachregulierung usw.) gebraucht wurde. Nach Ausschreiben derselben verbiebt die Verzinsung von 90000 Mark, die ein Zinsenaufbringen von 7200 M. erfordern. Herr Bürgermeister Dr. Krohnfeld bestätigte die zahlenmäßigen Unterlagen und bemerkte, daß trotz der ungünstigen Witterung in diesem Jahre die Badgenossenschaft 7200 Mark auf den Pacht abzugeben habe. Bei sparsamer Bewirtschaftung könne mehr garnicht verlangt werden und die Pachtsumme müsse auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden. Der Stadtrat habe sich eingehend mit der ganzen Angelegenheit beschäftigt und sei zu dem Entschlusse gekommen, daß es für die Stadt vorteilhafter sei, die Badbetriebsgenossenschaft lebensfähig zu erhalten, indem der Pacht ermäßigt werde, als schließlich gezwungen zu sein, das Bad in eigene Regie zu übernehmen, zumal die Genossenschaft sich größte Mühe gegeben habe, das Bad ertragsfähig zu machen. Herr Hildebrand wollte die Sache dem Betriebsausschuss überweisen haben, da sie reichlicher Erwägung bedürfe. Herr Bürgermeister hielt das für zwecklos, da er anderes Material auch im Ausschuss nicht vorlegen könne, eine Einspruchsbildung aber eine bedenkliche Situation hervorrufe. Herr Fähne ging auf die Begründung nochmals besonders ein. Der Pachtvertrag sei seinerzeit schwerem Herzen unterzeichnet worden, es sei alles getan worden, um ihn zu erfüllen. Das 1. Geschäftsjahr habe bewiesen, daß es unmöglich sei. Es fehle z. B. auch die Unterstützung bestimmter Kreise der Wilsdruffer Einwohnerschaft, trotzdem 21000 Badegäste verzeichnet wurden. Gegen die Verweisung an den Ausschuss sprach Herr Lehmann, da die Unterlagen vollständiger nicht vorgelegt werden könnten. Das Bad müsse demaltet werden, so gut es gehe. Die Stadt müsse vor größerem Schaden bewahrt werden. Die Genossenschaft arbeite vortrefflich und gebe sich alle Mühe, den Besuch zu heben, was bei eigener städtischer Leitung garnicht möglich sei. Er beantrage deshalb, den Pacht auf den normalen Stand von 7200 Mark ab 1. Januar 1927 festzusetzen. Nachdem Herr Hildebrand nochmals für Ausschlußberatung Herr Lindner dagegen gesprochen hatte, wurde der Antrag Hildebrand gegen 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen (Berhardt, Fähne, Zimmermann) abgelehnt. Mit demselben Stimmenverhältnis wurde der Antrag Lehmann angenommen und damit der Pacht auf 7200 Mark festgesetzt. Gegen 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen wurde auch der letzte Punkt des Gesuches, die Uebernahme eines Darlehens von 1000 Mark bei der Girokassa angenommen unter der Bedingung, daß die Badgenossenschaft die erlassenen Beträge zurückzahlt, wenn die zugesagte Unterstützung des Wohlfahrtsministeriums gewährt wird oder im kommenden Jahre Ueberlässe erzielt werden. Schließlich wurde der Rat noch ersucht, den Pachtvertrag abzuändern. Nach weiteren Bemerkungen der Herren Hildebrand, Fähne und Lehmann betonte Herr Siebert, daß die Leitung des Bades in besten Händen liege und auch Angehörigen nicht den geringsten Anlaß zu Klagen geboten habe. Zum Schluß erfolgte die Verlesung der Niederschrift.

geschäftsleitenden Vorstand der früheren „Studentenschaft“ für baldige Liquidation der bisherigen studentenschaftlichen Einrichtungen sorgen.

Hus unserer Heimat

Wilsdruff, am 9. Dezember 1927.

Wertblatt für den 10. Dezember.			
Sonnenaufgang	8 ⁵⁹	Mondaufgang	17 ¹¹
Sonnenuntergang	15 ¹⁵	Monduntergang	9 ¹⁷
1829 Ludwig Angenruber gest.			

Werden Inserate gelesen?

Zu der Reklamewissenschaftlichen Gesellschaft in Wien hielt der ehemalige Universitätsprofessor Dr. Viktor Mataja, der ein wichtiges Buch über Reklame geschrieben hat, einen Vortrag über die Bedeutung des Zeitungsinserats. Es gibt Leute, die hin und wieder arglos behaupten, daß sie Zeitungsinserate nicht lesen. Darauf antwortet ein englischer Fachmann, der früher in der Londoner „Times“ eine Rolle gespielt hat: „Wer daran zweifelt, daß die Leute Zeitungsinserate lesen, der möge einmal durch ein Inserat für eine bestimmte Zeit eine ungenutzte Probe eines Verkaufsgegenstandes anbieten — er wird dann schon sehen, daß Inserate gar sehr gelesen werden.“ Und das ist auch gar nicht merkwürdig. Reklamezettel, die auf der Straße verteilt werden, wirft man meist ungelesen weg. Unverlangte Reklamepostsendungen fliegen zum großen Teil unbeschadet in den Papierkorb. An Straßenplakaten geht man, wenn man Gile hat oder wenn das Wetter schlecht ist, achlos vorüber. Liureklame wirkt nur auf den, der sie zu sehen bekommt. Die Zeitung aber gehört nicht zu den Dingen, die einem unverlangt ins Haus kommen: man ist Abonnent oder kauft sie auf der Straße. Und wenn der Zeitungsläser auf das Inserat auch nur einen flüchtigen Blick wirft, so wirkt das schon, da ein geschickt abgefaßtes Inserat den Blick festhält und im übrigen hat ein solches Inserat selbst Personen, die es überhaupt nicht gelesen haben; geschäftliche Nachrichten pflanzen sich im Gespräch und durch Ratsschläge, die erteilt werden, rasch fort. Es genügt also, wenn das Inserat nur von irgend jemand gelesen wird; unzählige andere kriegen dann schon von selbst zu wissen, was drin stand. Es sei noch bemerkt, daß in den Vereinigten Staaten nach neueren Schätzungen jährlich etwa eine Milliarde Dollar für Reklame auszugeben wird und daß davon mindestens zwei Drittel auf das Inseratwesen der Zeitungen, Zeitschriften und Fachblätter entfallen.

Rund 400 000 Mark für die Hindenburgspende in Sachsen. Das Ergebnis der Hindenburgspende in Sachsen beträgt 388 700,76 Mark, eine Summe, die sich voraussichtlich auf über 400 000 Mark erhöhen wird, da noch einige hundert Sammellisten anstehen, die der sächsischen Staatsbank zuzuführen sind. Wie schon früher bei der Joppelin-Edener-Spende, so ist auch der Abschluß der Hindenburgspende in Sachsen als ganz hervorragend zu bezeichnen. Das Ergebnis der Joppelin-Edener-Spende betrug bei 1 1/2 jähriger Sammelstätigkeit rund 330 000 M., während die 400 000 Mark der Hindenburgspende in knapp 4 Monaten zusammengebraut wurden. Da die Arbeit der Landesgesellschaften, deren Leitung in den Händen des auch bei der Joppelin-Edener-Spende hervorragend tätig gewesen Stadtrates a. D. Emil Abbelein lag und sich ausschließlich auf die Kleinarbeit der Sammelstätigkeit erstreckte, während die großen Summen an die Reichsgesellschaft zur Wahrung kamen, wiederum ehrenamtlich geleistet wurde, so konnten die Aufkosten auf das überraschend niedrige Maß von 7 Prozent beschränkt werden. Die Vertretung der sächsischen Interessen im Kuratorium der Hindenburgspende in Berlin ist durch die vom Reichspräsidenten erfolgte Berufung des Ministerialdirektors Dr. Voetsch in das Kuratorium der Spende gewährleistet.

Mondfinsternis bei bedecktem Himmel. Nach den letzten kalten Mondnächten hatte man auch für gestern Abend auf einen wolkenlosen Himmel gerechnet und gehofft, die totale Mondfinsternis deutlich beobachten zu können. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Der Himmel bedeckte sich bereits im Laufe des Tages, so daß der Mond überhaupt nicht sichtbar wurde.

Am Christbaum für Alle auf dem Marktplatze finden morgen nachmittag 5 Uhr und Sonntag nachmittag 3 Uhr wieder Musikdarbietungen der Stadtapelle statt. Sonntag nachm. 1/2 Uhr singt der Gesangverein „Anstern“ unter Leitung des Herrn Berhardt. Wir machen auch an dieser Stelle darauf aufmerksam und bitten die Veranstaltungen zu besuchen.

Der Haus- und Grundbesitzerverein hält morgen Sonntagabend in der „Lohnhalle“ eine Versammlung ab. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht allen Mitgliedern den Besuch zur Pflicht. Wegen Reinigung ist das städtische Verwaltungsgebäude Montag und Dienstag geschlossen.

Apels Rationentheater gibt auf vielseitigen Wunsch Sonntagabend 4 und 8 Uhr und Sonntag 8 Uhr im „Adler“ Vorstellung. Wer wieder einmal alle Sorgen vergessen und aus vollem Herzen lachen will, dem kann der Besuch nur empfohlen werden. Der lustige Kasper spielt wie immer die Hauptrolle. Nach jeder